



Wahlprogramm der Grünen Hochschulgruppe Saar

Inhaltsübersicht

1. Klimagerechtigkeit
2. Antidiskriminierung und Antifaschismus
3. Feminismus
4. LGBTQIA+
5. Weniger Autos mehr Freiraum
6. Mobilität - aber nachhaltig
7. Semesterticket - Ein Erfolgsmodell im Wandel der Zeit
8. Bessere & barrierefreie Lehre (IT und Inklusion)
9. Garantierter Masterplatz für Bachelor-Absolvent*innen an der UdS
10. StuPa/AStA modernisieren
11. Vernetzung im Land und Bund
12. Soziale Uni
13. Rechte für studentische Mitarbeiter*innen
14. Solidarität mit der Ukraine und allen geflüchteten Menschen - für eine Stärkung des Studienkollegs
15. Zivilklausel
16. Studentisches Engagement

Präambel:

*Seit einigen Jahren kämpfen wir uns mit euch und für euch durch verschiedenste Gremien, von denen wir früher noch nie gehört haben und versuchen, die Uni ein kleines Stück **ökologischer, sozialer, feministischer** und einfach ein bisschen freundlicher zu machen.*

Die letzten Jahre waren fordernd. Die Corona-Pandemie hat unser Studium in finanzieller, sozialer, aber auch lerntechnischer Sicht ungleich erschwert. In diesem so fordernden Jahr mussten wir uns der Herausforderung stellen, diesen Problemen Abhilfe zu verschaffen: Dazu haben wir zwei Runden des universitären Nothilfefonds mitgemanagt. Wir haben durch digitale Spieleabende oder kleinere Präsenzveranstaltungen gegen die Vereinsamung gekämpft und schließlich regelmäßig Best- sowie Worst-Practice-Beispiele digitaler Lehre an die zuständigen Fakultäten gemeldet und für die Einführung einer Freischussregelung gesorgt.

Im Folgenden findet ihr unser Wahlprogramm für die Legislatur des 68. StuPa bzw. AStA.

Wir würden uns sehr freuen, wenn ihr uns euer Vertrauen schenkt!

1. Klimagerechtigkeit

Wir wollen System Change statt Climate Change, deshalb setzen wir uns am Campus in Saarbrücken für Klimaschutz ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Universität ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, ihrer „third mission“, nachkommt und dementsprechend all ihre Entscheidungen bewertet und ggf. überarbeitet!

Ebenso möchten wir der exorbitant hohen Müllproduktion auf dem Campus entgegenwirken. Zentrale Aspekte für diese Müllvermeidung sind beispielsweise das campusweite Umsteigen auf Mehrwegbecher, statt den in den Cafés üblichen Einwegbechern.

Die Universität muss zwingend ein **Nachhaltigkeitskonzept** ausarbeiten, an dem sie ihre Fortschritte misst. Nur so kann Nachhaltigkeit und Ökologie ganzheitlich gedacht und umgesetzt werden, was wir als zwingend erforderlich sehen!

Wir möchten ebenfalls erreichen, dass die bereits existierende Stabsstelle für Digitalisierung und Nachhaltigkeit weiter ausgebaut und umstrukturiert wird, sodass der Fokus gleichermaßen auf die zwei Aspekte gelegt wird, welche bereits im Namen der Stabsstelle vorhanden sind.

Unsere Erfahrung zeigt, dass auch grundlegende ökologische Forderungen teilweise aufgrund fehlender nachhaltig orientierter Gruppen nicht durchgesetzt werden können. Deshalb brauchen wir eine starke ökologische Stimme im StuPa!

Luft nach oben in der Mensa

Uns freut es, dass das Studierendenwerk sein Angebot in letzter Zeit ein Stück ausgeweitet hat. Gerade im Bereich vegetarisches und veganes Essen gab es einige Fortschritte. Doch vegetarisches Essen ist nicht nur gesund und lecker und ein Beitrag zu einer vielfältigen Mensa – in der Menge ist es ein relevanter Faktor zum Klimaschutz. Deshalb fordern wir, die **Subventionen umzustellen, um vegane und vegetarische Gerichte günstiger zu machen!**

Neben dieser ersten Forderung ist es uns auch wichtig, dass vegane und vegetarische Gerichte als solche in der Mensa und in der App besser gekennzeichnet werden, sodass Studierende, die eine

solche Ernährung verfolgen, dies auch ohne Hürden machen können. Auch ist die Kennzeichnung von Allergenen ein Aspekt, welcher weder vernachlässigt noch vergessen werden darf, da dies zu gesundheitlichen Problemen führen kann. Eine solche Kennzeichnung soll also auch leicht erkennbar sein.

Zuletzt ist es uns auch ein Anliegen, dass die Herkunft der Lebensmittel in der Mensa ebenso ersichtlich ist wie die bereits erwähnten Punkte.

2. Antidiskriminierung und Antifaschismus

Wir setzen uns gegen jede Form von Diskriminierung ein. Das bedeutet für uns den Erhalt und die **Stärkung von Antidiskriminierungsreferaten, den Erhalt der Beratungsangebote und einen Ausbau der Angebote im Bereich politische Bildung**. Diskriminierung findet nicht nur an der Uni statt. Deshalb ist es wichtig, dass sie in allen Lebensbereichen bekämpft wird.

Besonders wichtig ist uns auch der konsequente Einsatz gegen Antisemitismus. Daher bleibt für uns klar: **Keine Zusammenarbeit mit dem BDS (Boycott, Divest and Sanctions Movement)**, kein Hochschulgruppenstatus für Antizionist*innen.

3. Feminismus

Die Grüne Hochschulgruppe Saar ist eine feministische Gruppe: Das bedeutet für uns, dass wir unsere Listen für das Studierendenparlament und andere **Gremien paritätisch besetzen**, sodass mindestens die Hälfte durch Frauen, Inter- oder Trans-Personen besetzt sind.

Wir wollen eine feministische Wissenschaftspolitik an unserer Uni und im Saarland, damit Stellen künftig gerechter besetzt werden und Maßnahmen gegen Machtmissbrauch ergriffen werden.

Auf universitärer Ebene setzen wir uns daher für eine Quotenregelung an den einzelnen Lehrstühlen ein. Diese soll von Schülerpraktikant*innen bis zu Professor*innen reichen. So sollen Mädchen und Frauen die Möglichkeit erhalten, gleichberechtigt eine **Karriere an der Universität** anzustreben und voranzutreiben.

Selbstverständlich kämpfen wir auch hier dafür, dass Dozent*innen nicht ohne Konsequenzen sexistische Äußerungen tätigen oder Studierende belästigen können!

Um das Studieren mit Kind zu vereinfachen, fordern wir als GRÜNE HOCHSCHULGRUPPE SAAR **garantierte Betreuungsplätze (Kita) für Kinder von Studierenden** der Universität!

Wir fordern, dass umgehend eine Toiletten-Situation geschaffen wird, die allen Studierenden gerecht wird. Eine Beibehaltung von „Herren- und Damen-Toiletten“ lehnen wir ab. Stattdessen fordern wir, dass Übergangsweise eine Aufteilung in „Toiletten für Alle“ und „Toiletten für Frauen, Inter und Trans“ angeboten wird. Auf allen Toiletten sollen Mülleimer für Hygieneprodukte und kostenlose Menstruations-Hygiene-Artikel angeboten werden.

Leider machen auch viele Student*innen während ihres Studiums Erfahrungen mit Belästigung oder sexualisierter Gewalt - dazu braucht es neue Anlaufstellen für Betroffene und Konsequenzen für die Täter*innen.

4. LGBTQIA+

Als GRÜNE HOCHSCHULGRUPPE SAAR setzen wir uns für eine weltoffene und moderne Universität ein. Diskriminierung und Herabwürdigungen aufgrund von sexueller Orientierung und/oder Identität darf es an diesem Ort nicht geben!

Deshalb fordern wir, dass das **Queer-Referat im AStA** weiterhin bestehen bleibt. Dieses Referat setzt sich gezielt für die Interessen von Gruppen ein, die benachteiligt werden. So sorgt es für mehr **Gleichberechtigung auf unserem Campus und in unserem Uni Alltag**. Außerdem ist der Fortbestand des Referats als niedrigschwellige Anlaufstelle zur Unterstützung von Studierenden besonders wichtig.

Zusätzlich wollen wir dagegen kämpfen, dass Dozent*innen ohne Konsequenzen homo- oder transphobe Äußerungen tätigen können oder Studierende vor diesem Hintergrund belästigen.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle offiziellen Dokumente, die von der Uni veröffentlicht werden, in **geschlechtergerechter Sprache** verfasst und veröffentlicht werden.

Um Trans-Personen vor einem unfreiwilligen Outing zu schützen, wollen wir, dass die Vornamen in MS-Teams und in den Portalen der Uni unbürokratisch geändert werden können.

Wir setzen uns für das Hissen der Regenbogenfahne an unserer Uni als Zeichen der Solidarität und Symbol einer weltoffenen Universität im Pride-Month (Juni) als eine wichtige und unterstützenswerte Geste ein.

5. Weniger Autos – mehr Freiraum

Wir fordern einen autofreien Campus! Unsere Universität als Campusuni am Waldrand hat das Potential, eine der schönsten Unis deutschlandweit zu sein. Leider wird unser Campus als Parkplatz verschwendet. Wir wollen, dass der Campus ein Ort ist, an dem Studieren mit sauberer Luft und ruhiger Atmosphäre möglich ist. Deshalb fordern wir, dass die Zufahrtsgenehmigungen schrittweise reduziert werden. Unser langfristiges Ziel ist es, dass schlussendlich nur noch Zulieferer und Menschen mit Behinderung auf dem Campus parken können.

Uns ist bewusst, dass diese Maßnahme kurzfristig die bestehenden Parkhäuser überfordern würde. Das ist so gewollt. Wir wollen, dass Leute, die nicht mit dem Auto kommen müssen(!), auf den ÖPNV umsteigen. Dies würde nicht nur die Parkhäuser und den Campus entlasten, sondern auch den Meerwiesertalweg und den ÖPNV in Richtung Uni stärken. Zudem hat uns Corona am Beispiel der digitalen Lehre gezeigt, wie schnell Projekte, die sonst Jahre brauchen, bis sie umgesetzt werden, umgesetzt werden können, wenn wirklich aktiv darauf hingearbeitet wird.

6. Mobilität - aber nachhaltig

Wir finden es ein Unding, dass manche Studierende sich gezwungen sehen müssen, mit dem Auto zur Uni zu kommen, da der ÖPNV Menschen, die außerhalb des Zentrums wohnen, nicht mehr erreicht. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der **ÖPNV auch für Studierende gut zugänglich ist, die außerhalb der Ballungszentren wohnen**.

Wir fordern zudem, dass die Fahrradstellplätze an der Universität ausgebaut werden, damit auch alle radelnden Menschen ein guter Abstellort zur Verfügung gestellt wird.

7. Semesterticket – Ein Erfolgsmodell im Wandel der Zeit

Das Semesterticket im Solidarmodell ist seit seiner Einführung vor ca. 30 Jahren ein Garant für nachhaltige, günstige Mobilität für alle. So ist der ÖPNV im Saarland für Studierende, die ein gültiges Semesterticket besitzen, eine nachhaltige Alternative zum Autofahren. Jedoch gibt es gewisse Punkte, über die durchaus diskutiert werden können. Wir sehen hier drei zentrale Punkte:

Zunächst gilt es zu erwähnen, dass die für uns optimalste Lösung wie in Luxemburg ein **kostenloser ÖPNV im Saarland** für alle wäre. Dies wäre einerseits umweltfreundlicher, andererseits würde so der Semesterbeitrag um das Semesterticket gekürzt werden können, welches aktuell rund 120 Euro beträgt.

Auch ist seit längerem die Rede von einem 365 Euro-Ticket für den ÖPNV. Sollte dieses Ticket demnächst kommen, so sehen wir die Universität und die Vertreter*innen der Studierendenschaft in der Aufgabe, das Semesterticket so anzupassen, dass eine größtmögliche Anzahl an Student*innen entlastet werden könnte.

Unsere letzte Forderung bezüglich des Semesterticket befasst sich mit der **Ausweitung dieses Tickets auf das Bundesland Rheinland-Pfalz** zu einem attraktiven Preis. Hier möchten wir jedoch euch - die Studierenden - direkt mit einbeziehen. So fordern wir eine **Urabstimmung** an der Universität bezüglich dieser Ausweitung.

8. Bessere & barrierefreie Lehre (IT und Inklusion)

Corona hat uns gezeigt, dass der Bereich der Online-Lehre eine große Hürde für viele Dozent*innen darstellt. Dies ist nicht bei allen so, dennoch kennt jeder, der hier studiert, mindestens eine*n Prof, der oder die am liebsten den Laptop und sämtliche digitalen Inhalte über Bord werfen würden.

Uns ist bewusst, dass die Präsenzlehre den Kern der Universität darstellt. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass diese Lehre erhalten bleibt und, auch im Falle einer erneuten Pandemie-Welle, bis zum Schluss offen bleibt für jene, die sich dies wünschen.

Dennoch ist es auch wichtig, dass Menschen, die aus diversen Gründen nicht an die Universität kommen können, sei es wegen Krankheit, der Pflege eines Kindes o.ä., dadurch nicht benachteiligt werden. Aus Gründen der Barrierefreiheit und Gerechtigkeit fordern wir deshalb, dass sämtliche **Kurse hybrid** angeboten werden und entsprechendes Personal, welches den Profs bei der Durchführung dieser, von Seiten der Universität zur Verfügung gestellt werden.

9. Garantierter Masterplatz für Bachelor-Absolvent*innen an der UdS

Seit 'Bologna' und dem Bachelor-Master-System bedeutet Studieren in vielen Fächern mehr und mehr, sich von Klausur zu Klausur zu hangeln. Doch Studium muss mehr sein als Auswendiglernen! Ein Studium voller Leistungsdruck führt dazu, dass Menschen im Auswendiglernen geschult werden, anstatt darauf, auf kreative Art und Weise die Probleme der Welt in Angriff zu nehmen. Und nebenbei macht es auch noch krank und unglücklich. Damit Studierende in Saarbrücken Zeit für Projekte haben, sich auszuprobieren und auch interdisziplinär über den Tellerrand zu schauen, wollen wir uns dafür einsetzen, dass alle, die an der UdS einen Bachelor abgeschlossen haben, auch einen Master in Saarbrücken machen können.

10. StuPa/AStA modernisieren

Wahlen entscheiden darüber, wer dich und deine Meinung vertritt. Doch bei einer Wahlbeteiligung von ungefähr 3 Prozent bei der letzten StuPa-Wahl stellt sich eine Frage: Wird die Mehrheit der Studierenden überhaupt so vertreten, wie sie es wünschen? Somit ist es das Ziel aller studentischen Vertreter*innen, die Wahlbeteiligung zu verbessern. Die Frage ist nur: Wie?

Ein Ansatz wäre die Herabsetzung der Hürde, die es benötigt, zur Wahl zu „gehen“. Mit einer **Online-Wahl** könnte es jedem und jeder Studierenden ermöglicht werden, direkt und ohne Umwege zu wählen. Zusammen mit einer verbesserten Informationspolitik über Soziale Medien – wie schon vom aktuellen AStA vorangebracht – könnte die Demokratie an der Universität des Saarlandes gestärkt werden. Deshalb wollen wir mit unseren Stimmen die studentische Politik an der Uni voranbringen.

Wir freuen uns über große Events, die von vielen Studierenden gut angenommen werden. Kulturelle Angebote gehören dazu, aber AStA und StuPa sind in erster Linie die politische Interessensvertretung der Studierenden.

Dass Festival und Lesung kein Widerspruch sind, zeigt bspw. das Katapult-Festival in Greifswald. Wir Studis sind nicht einfach nur Konsument*innen, wir gestalten Uni und Gesellschaft aktiv mit - als Aktive in der Hochschulpolitik ist es unsere Verantwortung, kritische Bildungsangebote so bereitzustellen, dass sie bei der Breite der Studis ankommen.

Wir wollen mehr Themenwochen und weniger Partys - oder eben beides miteinander verbinden. Damit die Stimme der Studierenden zählt, muss sie einen Unterschied machen.

11. Vernetzung im Land und Bund

Mit einer großen Uni, einer mittelgroßen HTW und zwei kleineren künstlerischen Hochschulen läuft die Zusammenarbeit der Studierendenschaften oft eher pragmatisch. Wir wollen offiziellere Strukturen, wie bspw. die Landes-ASten-Konferenz, im Hochschulgesetz verankern oder ein Landesstudierendenparlament einführen.

Wir wollen die Mitarbeit unserer Studierendenschaft im **fzs** (Freien Zusammenschluss der Student*innenschaften) in Form einer kostengünstigen Probemitgliedschaft ausprobieren und eine volle Mitgliedschaft im **fzs** prüfen. Gemeinsam müssen wir uns dafür einsetzen, dass es eine offizielle Repräsentation der Studierendeninteressen auf Bundesebene gibt. Gemeinsam sind wir stärker!

12. Soziale Uni

Durch die Beratungsreferate des AStA, die **Psychologische Beratungsstelle** und die **Initiative Fit4More** ist bereits sichergestellt, dass Anlaufstellen an der Universität für Beratungen gegeben sind. Doch unserer Meinung nach gehört zu einer sozialen Uni neben der Beratung auch ein **besseres BAFÖG** und ein **besser ausfinanzierter Bildungssektor** im Allgemeinen. Aus diesen Gründen unterstützen wir als GHG Saar das Bündnis **#stopthecuts** und setzen und dafür ein, dass der AStA lauter wird für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Für das Studium wird auch oftmals gefordert, einen Berg an Lektüre zu lesen, welcher häufig nicht in der Bibliothek in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Nicht nur der Umfang dieser Lektüre, sondern auch die Kosten der Anschaffung stellen für viele Studierende eine Hürde dar.

Es kann nicht sein, dass Pflichtlektüre nicht für jede studierende Person in gleichem Maße (gleich) zugänglich ist – egal, ob mehr und umfangreichere Bestände in der Bibliothek oder online verfügbare E-Books. Wir brauchen eine Regelung, welche Gerechtigkeit garantiert. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Pflichtlektüren stets kostenfrei für die Studierenden in digitaler Fassung zur Verfügung stehen, um den Kostenberg, der sich durch die bisherige Anschaffung dieser bildet, ein Ende zu setzen.

13. Rechte für studentische Mitarbeiter*innen

An unserer Universität leisten unzählige Lehrstühle und Institute Tag für Tag wichtige wissenschaftliche Arbeit, welche die Universität des Saarlandes über die Landesgrenzen hinaus bekannt macht, doch dazu tragen in nicht unerheblichem Maß neben den Professorinnen und Professoren selbst ihre studentischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen bei. Nicht nur die Lehrstühle profitieren davon. Hiwi-Jobs ermöglichen den Studierenden auch interessante und wertvolle Einblicke hinter die Kulissen des universitären Alltags und daneben lässt sich noch ein bisschen Geld dazu verdienen. Doch letztlich handelt es sich um von Abhängigkeit geprägte Anstellungsverhältnisse. Leider existieren an unserer Universität nur zwei Personalvertretungen, eine für das wissenschaftliche und eine für das Verwaltungspersonal. Keiner der beiden Personalräte ist allerdings für die studentischen Mitarbeiter*innen zuständig, auch wenn der Personalrat für das wissenschaftliche Personal bisweilen als Ansprechpartner für Studierende fungiert, wobei er jedoch kein offizielles Mandat hat. Somit bleibt eine nicht unwesentlich große Beschäftigtengruppe ohne Personalvertretung. Erfreulicherweise werden aktuell Gespräche über eine Angliederung der HiWis an einen der beiden Personalvertretungen geführt. Kurzfristig begrüßen wir diese Gespräche, langfristig ist für uns allerdings klar, dass studentische Mitarbeiter*innen eine **eigene Personalvertretung** benötigen. Dieser soll auch dazu ermächtigt werden, eigene Tarifverträge für studentische Mitarbeiter*innen zu verhandeln!

14. Solidarität mit der Ukraine und allen geflüchteten Menschen - für eine Stärkung des Studienkollegs

Unsere Uni soll ein Raum für alle sein - egal aus welchem Land sie oder ihre Vorfahren kommen. Insbesondere setzen wir uns für alle geflüchteten Menschen ein. Unsere Uni soll ein sicherer Hafen sein, in dem alle geflüchteten Menschen die gleiche Unterstützung erhalten, unabhängig von ihrer Heimat.

Es braucht vor Ort neben den bereits bestehenden (wie das International Office) mehr zielgerichtete Beratungsangebote - Know How gibt es in ganz Deutschland, bspw. gibt es viele Menschen aus der Ukraine, die bspw. Deutsch studiert haben, es gibt ehemalige DAAD-Lektor*innen und es gibt Expter*innen die Deutsch als Fremdsprache (DaF) studiert haben.

Jetzt müssen neue und ausreichend bezahlte Stellen geschaffen werden, damit es schnelle Unterstützung gibt.

Außerdem braucht es eine Reaktivierung des Studierendenkollegs, damit ein Einsteig in das doch sehr andere deutsche Bildungssystem erleichtert wird.

Die Bundesregierung kann sich für Anerkennung einsetzen - aber wir vor Ort müssen dafür Sorgen, dass alle, die weiter Studieren oder wechseln, hier eine Chance haben, die Kompetenzen zu erwerben, die für ein Studium in SB wirklich nötig sind.

15. Zivilklausel

Die Grüne Hochschulgruppe Saar setzt sich für die Einführung einer Zivilklausel in der Grundordnung der Universität ein. Insbesondere soll eine verpflichtende **Abwägung für militärisch sensible Projekte** vor Forschungsbeginn von einem externen pluralistischen besetzten Gremium durchgeführt werden.

Viel zu lange wurden klare Regularien unter Verweis auf die „dual-use“-Problematik verweigert. Dies führte dazu, dass gar keine Interessenabwägung mehr vorgenommen wurde mit teils fatalen Konsequenzen. **Im aktuellsten Fall ist es möglich, dass die Universität unmittelbar von den Verbrechen gegen die Menschlichkeit in China an den Uiguren profitiert hat.** Die Bioinformatik kann nicht ausschließen, dass sie zwangsweise entnommenes Gewebe von Uiguren nutzten. Die Forschung unserer Universität soll in China u.A. dazu beitragen, dass China Soldat*innen genetisch verbessern kann. Diese Tatsache findet vermutlich die breite Mehrheit der Universitätsmitglieder tragisch und untragbar. Wieso kommt es dennoch immer wieder zu solchen Situationen? Das o.g. Projekt in der Gensequenzierung hat auch zivilen Nutzen. Bei den Forschenden stand vermutlich der zivile Nutzen im Vordergrund. Eine umfassende Interessenabwägung durch ein externes Gremium fand nicht statt. Die Strukturen der Universität haben hier versagt. Eine Zivilklausel muss unserer Ansicht nach dazu führen, dass eine Abwägung dieser Belange in Zukunft vor Projektbeginn vorgenommen werden muss. Es kann unserer Ansicht nach auch nicht Aufgabe der Professor*innen sein, eine solche Abwägung selbst vorzunehmen. Professor*innen müssen die Möglichkeit haben, sich ausschließlich auf die Wissenschaft in ihrem Fachgebiet und deren Nutzen zu fokussieren. Das größere Bild soll daher von einer neutralen Stelle, wie der Kommission für die Ethik sicherheitsrelevanter Forschung, beurteilt werden.

16. Studentisches Engagement

Das studentische Leben an einer Universität bestimmt den dort herrschenden Alltag. Ohne die Fachschaften und andere studentische Gruppierungen an der Universität sind wir nicht mehr als jede andere Bildungseinrichtung in Deutschland.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Fachschaftsräte und studentische Hochschulgruppen sowohl finanziell als auch materiell unterstützt werden.

Wir verfolgen weiterhin das Einführen eines sogenannten **Fachschafts-Euro**. Dieser ist im Prinzip ein Etat, der auf jede Fachschaft zugeschnitten ist und ihnen Geld zu Verfügung stellt, welches sie dann zur Durchführung von Veranstaltungen und zur Verbesserung ihres Beratungsangebots einsetzen können.

Zunächst soll für diesen neuen Topf eine Probezeit durchgeführt werden. Dies soll passieren, ohne, dass die Studierenden dafür mehr Geld im Semester zahlen müssen. Dafür aufkommen sollen bereits existierende Rücklagen in den Finanzen der Studierendenschaft.

Neben der finanziellen Unterstützung sollen auch die studentischen Räume an der UdS ausgebaut und renoviert werden. Es ist ein absolutes No-Go, dass studentischen Vereinigungen per Ordnung ein Raum zusteht, die Universität allerdings keine freien bzw. sicheren (im Sinne von gesundheitlich-sicher) Räume zur Verfügung stehen hat. So sollen aus leeren Versprechungen an die Student*innen klare Maßnahmen folgen!